

Wien und Turin wollen Genf internationale Organisationen abjagen

Krise am UNO-Standort Das Schweizer Zentrum der Weltdiplomatie wird zunehmend bedrängt – obwohl das Parlament dafür bald Hunderte Millionen Franken sprechen wird.

Fabian Fellmann
und **Benno Tuchschnid**

Es wurde durchaus als Drohung aufgefasst, als die Schweizer Diplomatin Valérie Berset Bircher vor wenigen Tagen die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnte. Die UNO-Agentur in Genf kämpft mit massiven Geldproblemen, wie alle multilateralen Organisationen, seit Donald Trump die Beiträge abrupt senkte.

500 von 3500 Stellen der ILO stehen auf dem Spiel. Die Organisation prüft, aus der teuren Schweiz mit ihrem teuren Franken ins etwas günstigere Turin zu ziehen. Ein solcher Wegzug wäre für die ILO aber mit Abstrichen verbunden, machte Berset Bircher deutlich. Die UNO-Agentur müsste auf Schweizer Subventionen von mehr als 2 Millionen Franken pro Jahr verzichten.

Die Episode fand in der Deutschschweiz keine Beachtung; nur der französischsprachige Dienst der Agentur Keystone-SDA berichtete. Dabei ist der Vorfall ein Zeichen für die Besorgnis der Schweiz über die Entwicklungen im internationalen Genf. 40 internationale und gegen 500 Nichtregierungsorganisationen sind dort präsent. Rund 36'000 Stellen hängen daran, vom Roten Kreuz über das Kernforschungszentrum (Cern) bis zur Weltorganisation für Meteorologie.

Deutliches Signal aus dem Nationalrat

Die Drehscheibe der Diplomatie gerät nun unter Druck wie noch nie zuvor in ihrer über 100-jährigen Geschichte. Bundesrat und Nationalrat wollen sie mit einer Finanzspritzte schützen. Heute entscheidet auch der Ständerat darüber. Mehr als 200 Millionen Franken sind für vier Jahre vorgesehen, 5 Prozent mehr als ursprünglich geplant, obwohl der Bund in den meisten anderen Bereichen zu sparen versucht. Hinzu kommen dringliche Beträge von je 21,5 Millionen Franken für das laufende und das kommende Jahr, darunter die Gelder, von denen die ILO profitiert.

Die Bundesmillionen fließen unter anderem an das Konferenzzentrum CICG, in zinslose Darlehen für Gebäude, in Mietzuschüsse, in Sicherheitsmaßnahmen sowie in den Schutz vor Cyberangriffen. Im Nationalrat wollte die SVP-Fraktion den Kredit kürzen, alle anderen Parteien unterstützten die Vorlage. Im Ständerat zeichnet sich ein ähnlich deutliches Signal ab.

Minderheit will beim internationalen Genf sparen

Gerechtfertigt findet die Beiträge etwa der Zuger FDP-Aussenpolitiker Matthias Michel. «Die Plattform des internationalen Genf ist für die Schweiz wichtig. Wir kommen nicht darum herum, das hohe Preisniveau etwas auszugleichen, wenn wir die Organisationen in der Schweiz behalten wollen», sagt er.

Eine Minderheit, darunter der Walliser Beat Rieder, will die Zuschüsse hingegen kürzen. «Wir



UNO im Wandel: Das Palais des Nations in Genf während Umbauarbeiten im März 2023. Fotos: Laurent Guiraud

«Wir müssen verhindern, dass Organisationen gehen, die wir eigentlich halten könnten.»

Beatrice Ferrari
Direktorin des Genfer Amts für internationale Beziehungen

beraten in dieser Session gleichzeitig weitere Ausgaben und ein Entlastungspaket mit einer ganzen Reihe schmerzhafter Einschnitte», sagt der Mitte-Ständerat. «Damit die Finanzpolitik glaubwürdig bleibt, müssen alle ihren Sparanteile leisten.» Die Schweiz sei weiterhin eine der grosszügigsten Zahlerinnen an internationale Organisationen. Durchdringen dürfte er damit nicht. Vergangene Woche hat der Ständerat schon mit überdeutlicher Mehrheit einen Nachtragskredit von 21 Millionen Franken für Genf bewilligt, den Rieder ebenfalls bekämpft hatte.

Allerdings zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Risiken für den Standort Genf durch die Millionen aus Bern höchstens vermindert, nicht aber beseitigt werden. Das hängt mit



Trübe Aussichten: Blick vom Palais des Nations Richtung Genfersee.

den geopolitischen Verschiebungen zusammen. Anstelle globaler Foren ziehen Länder wie China oder Russland zunehmend regionale Gruppierungen vor, verhandelt wird mal hier, mal dort. Auch verknüpfen Länder die Entwicklungshilfe und die humanitäre Hilfe mit strategischen Interessen. Sie sprechen zweckgebundene Kredite für konkrete Krisenherde und vermeiden allgemeine Beiträge an das UNO-Budget. Für die Zentralen in Genf bleibt damit weniger Geld übrig.

Österreich betreibt eine aktive «Amtssitzpolitik»

Die für Schweizer Verhältnisse grossen Zuschüsse sind ein Klacks gemessen an den Problemen der UNO-Organisationen. Deren Budgets sind um ein Viertel eingebrochen im vergangenen Jahr, wie der deutsche UNO-Analyst Ronny Patz berechnet hat. Das seien «historische Dimensionen», sagt der Politikwissenschaftler.

Die Beiträge an die Vereinten Nationen schwanken ständig – aber nicht in diesem Ausmass. Das wird sich mehrere Jahre lang bemerkbar machen, das Gröbste scheint noch nicht ausgestanden für Genf. «Eine ganze Reihe der Kürzungen wird sich jetzt erst in den nächsten Monaten auf die Streichung oder Verschiebung von Stellen auswirken», sagt Patz.

Den Spandruck versuchen Mitbewerber der Schweiz zu ihren Gunsten zu nutzen. Das be-

obachtet auch Beatrice Ferrari, Direktorin des Genfer Amts für internationale Beziehungen. «Österreich und Italien sind beispielweise sehr aktiv und wollen Organisationen zu sich holen», sagt sie. Österreich betreibt seit wenigen Jahren eine aktive «Amtssitzpolitik» für Wien, wo die Vereinten Nationen bereits einen Sitz haben. Italien wirbt mit Turin und Rom, wohin die Unicef 300 Stellen verlagert.

«Wir werden sicher weitere Arbeitsplätze verlieren. Das ist unvermeidbar», sagt Ferrari. «Was wir verhindern müssen: dass Organisationen gehen, die wir eigentlich halten könnten.»

Der Kanton Genf hat darum seine Beiträge ebenfalls erhöht, zusammen mit einem privaten Partner eine neue Stiftung mit 50 Millionen Franken Kapital gegründet und 10 Millionen Franken für Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt.

«Geopolitische und finanzielle Verschiebungen»

Trotzdem dürfte das Ökosystem des internationalen Genf beeinträchtigt werden. Sind weniger Fachpersonal und weniger Anlässe in Genf, schwächt dies das Netzwerk. «Die Frage ist, ob Genf eine kleinere Präsenz im Gesamtsystem der multilateralen Organisationen einnehmen wird», sagt UNO-Forscher Ronny Patz. «Die geopolitischen und finanziellen Verschiebungen sprechen dafür.»

Eine wichtige Rolle dürfte Genf weiterhin bei der huma-

nitären Hilfe, der Krisenbewältigung und beim Thema Menschenrechte spielen. Das bestätigt Agi Veres, Direktorin des Genfer Büros des UNDP, der Entwicklungsorganisation der UNO. «Genf muss fokussieren», sagt Veres. Fast alle Mitgliedsländer seien in der Stadt vertreten, als einem der wenigen Orte der Welt. Sie sei damit eine wichtige Drehscheibe, das UNDP werde darum in Genf bleiben. Aber die Organisation muss auch 100 Millionen Dollar einsparen im kommenden Jahr, rund 80 Millionen Franken.

Doch auch in der Schweiz wird gespart. Das Parlament hatte die Beiträge an die Entwicklungshilfe und die internationales Organisationen schon vor einem Jahr gekürzt. Nun will der Nationalrat weitere 35 Millionen Franken an die Armee umlagern. Den UNO-Standort fördern, den Organisationen Beiträge streichen – in Genf sehen das vielleicht als widersprüchliches Signal.

Auch Agi Veres vom UNDP hofft, dass sich das Parlament grosszügig zeigt. Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit seien Investitionen, um die Krisen von morgen zu verhindern. Militärausgaben reichen dafür nicht, sagt Veres: «Wir schaffen langfristig die Voraussetzungen dafür, dass die Schweizer Privatwirtschaft in jenen Gegenden investieren kann, aus denen ihre Rohstoffe kommen, zum Beispiel der Kakao für ihre Schokolade.»